

Hallische Zeitung

Abonnement-Preis pro Quartal 3 Mark, durch die Post bezogen 4 Mark 50 Pfennige.

Interkommissionen für die fünfjährige Periode oder deren Anzahl 18 Pf., 16 Pf., 14 Pf. und 12 Pf. bezogen.

Verlag der „Allgemeinwissenlichen Hallischen Zeitung“ in vorm. G. Schmetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.) Verantwortlicher Redacteur: Dr. F. Goulier in Halle. N° 301. Halle, Sonnabend den 23. December. 1882.

Das Verhalten der Centrumspartei

unterwirft unter Berliner Correspondent heute einer treffenden Kritik, indem er schreibt:

Bei der eigenthümlichen Zusammenziehung unserer Parlamente hat es ein besonderes Interesse, die Haltung des katolischen Centrums zu beobachten.

Diese Partei hat im Reichstage sowohl wie in Abgeordnetenhaus gegen ihre Schritte eine hervorragende Bedeutung. Trotzdem geht ihre Haltung in allen auf der Tagesordnung stehenden politischen Fragen als ungewiss. Man weiß nicht, nach welcher Seite die Partei in dieser oder jener Sache den Ausschlag geben wird. Nur ihre Haltung in kirchenpolitischen Dingen kann als feststehend erachtet werden, wemöglich sie auch hierin bezüglich der angrenzlichen Politik sich einen gewissen freien Spielraum vorbehält.

Bekanntlich hielten in vorchristlichen Jahrhunderten und Zeiten während der letzten Wahlbewegung die anglicanische conservativ-clericale Coalition eine große Rolle. Daß dieselbe nicht existierte, war für diese einflussreichen Politiker keine Frage; sie war eben nur ein Scheinphantom, welches aber glücklicherweise seinen Dienst und seine Wirkung verlor.

Die bisherigen Verhandlungen im Reichstage und Landtage haben hierfür nachdrücklich den Beweis erbracht, dessen es freilich kaum noch zur Entkräftung der vorchristlichen Behauptung bedarf hätte.

Die Centrumspartei hat bisher weder der Regierung noch den Conföderationen gegenüber eine entgegenkommene Haltung eingenommen, sondern im Gegentheil gezeigt, daß sie auf den früher eingenommenen Standpunkt zurückzuführen gedenkt. Es ist es nicht nur zum Ausdruck gekommen bei der Beratung der Interpellation Windthorst über die Stellung des Bundesrats zu dem vom Reichstage im Januar angenommenen Antrag wegen Aufhebung des sogenannten Expropriationsgesetzes, wobei der Interpellation die ablehnende Haltung des Bundesrats in erster Reihe als eine „Wirkung des Reichstages“ bezeichnete und sich sogar zu der weiteren Äußerung verließ, daß man glaube, „gestügt auf eine starke Armee dem Volke Alles bieten zu können.“ Auch die Art und Weise, in welcher der Etat der Staatskassen von einem Mitgliede der Centrumspartei benützt worden ist, um seinem inneren Widerwillen gegen die gegenwärtige Gestaltung des deutschen Reichs Ausdruck zu geben, sowie die Neuerung des Bundesrats, daß „das Ober des Monarchen seiner Partei weniger zugänglich sei wie seinen Gegnern“, — ferner das ablehnende Verlangen gegenüber der Besetzung zweijähriger Budgets, endlich die Haltung, welche die Partei gegenüber der Reichsversammlung einnimmt, — das Alles beweist zur Genüge, daß die Centrumspartei sich in den wenigen Wochen parlamentarischer Thätigkeit seit dem Wiederzusammentritt des Landtages und des Reichstages nicht nur bemüht hat, die Legende von der conservativ-clericalen Coalition zu zerstören, sondern daß die Partei augensichtlich auf allen Gebieten den Kampf mit der Regierung aufgenommen hat.

Freilich lassen sich hieraus bei der Unberechenbarkeit der Partei keine Schlüsse für die Zukunft ziehen. Nur die gegenwärtige Situation soll hiermit charakterisiert sein: sie bedeutet eine schroffere Haltung der Ultramontanen gegenüber der Regierung und den Conföderationen.

Von welchen Motiven hierbei das Centrum geleitet wird, das zu erwarten ist nicht schwierig. Der Schlüssel der Situation liegt in den kirchenpolitischen Bestrebungen der Partei, welche bessere Chancen für sich erblickt, wenn sie die Thätigkeit der Regierung und der Conföderationen lähmt, als wenn sie durch Unterstützung derselben eine Verhängnis über die Erfüllung beider Wünsche und Bedürfnisse erleidet.

Diese Situation mag in gewissem Sinne ihre Unberechenbarkeit haben, insofern als hierdurch eine Art von Stillstand in der Gesetzgebung eintritt, so lange sich nicht die Nationalabgeordneten von ihren zu erwartenden Standpunkt entfernen. Aber einen Zwang wird sie voraussichtlich weder auf die Regierung noch auf die Conföderationen ausüben. Eine Politik, welche auf den Bestimmungsspeculiert und durch diesen zum Ziele gelangen zu können hofft, wird sich selbst die Schuld befehlen müssen, wenn sie von Anderen überflügelt wird, welche das „Hilfen im Trüben“ fast haben.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns heute: Der ungarische Ministerpräsident Tisza hat in Unterredung auf eine an ihn gerichtete Interpellation, bei der Lage eine Erklärung abgegeben, welche in einem sehr kurzem sehr prägnanten Gegensatz zu den alarmierenden Kundgebungen der letzten Wochen steht. Wir sagen in einem „schwarzen“ Widersprüche, denn, wenn Tisza dem europäischen Frieden für sich gefordert hat, so haben auch die Kundgebungen, auf welche er sich bezieht, nicht die Absicht gehabt, auf eine Kriegserklärung vorzubereiten. Wir haben insbesondere, auf eine Kriegserklärung mit wohlinformierten Publikum, wiederholt auf die Gegenwart der deutschen Politik hingewiesen, welche dadurch, daß sie bei Zeiten und am rechten Ort ihr lautes: „vive“ ertönen läßt, unheilvollen Plänen oder aberenteuerliche Apirationen schon mehr als einmal mit besser Friedenswirkung ein Ziel gesetzt hat, weil jene Pläne und Apirationen Aussicht auf Erfolg nur in dem Falle haben konnten, als sie sich auf die Möglichkeit einer Ueberrumpfung verlassen konnten. Natürlich kann bei dieser Methode nicht vernieden werden, daß die Geschäftsmethode einen Augenblick lang wird und ihre Bestimmung durch Kriegsklage signalisiert, aber solche vorübergehende Störungen können bei der Wichtigkeit des uns angehenden politischen Erfolgs nicht in Betracht kommen, und auch in Wien und Pest wird man deshalb keine Verwirrtheit bald wieder hervorrufen. Niemand welcher, oder den Kasloviner Artikel in der „Mosaiker Zeitung“ gelesen hat, wird sich verhehlen können, daß die Kundgebungen der deutschen Presse, mindestens nach der einen Seite hin, bereits zu wirken anfangen, insofern man in

Rußland gerade auf derjenigen Seite, von welcher aus die Verfolgung gegen Deutschland am hartnäckigsten betrieben wurde, sich zu dem Eingeständnis genötigt sieht, daß es keinen vernünftigen Grund für Rußland gibt, einen Streit mit Deutschland von Jenseit zu brechen, und daß es nur Widerstandswille sein können, welche zu einer gereizten Stimmung führen. Diese Eingeständnisse sind aber darum von so großer Wichtigkeit, nicht weil Herr Kaslovin der legitime Vertreter der offiziellen russischen Politik ist — über diese ist man in Deutschland gewiß beruhigt, seitdem Herr von Bismarck die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat — sondern weil er der einflussreichste Vertreter einer künstlich erzeugten Volks-Politik ist, welche jetzt ihren Rückhalt findet. Aber wir wiederholen, daß selbst durch einen ausdrücklichen Beschluß der russischen Stimmung die Thatsache an, welche sich nicht vollziehen haben, oder in der Ausführung begriffen ist, nichts von ihrer Bedeutung verlieren, sondern zur Einführung entsprechender Vorkehrungsmaßregeln zwingen werden. Es ist die Pflicht einer jeden Regierung, für die äußere, wie für die innere Sicherheit des Staats zu sorgen und namentlich jene Fälle in der Verteidigungslisten zu erörtern, namentlich jedoch auf der anderen Seite eine Schärfung der Abwehrkraft bemerkt zu werden. Es gehört daher kein großer Scharfsinn dazu, die Erwartung anzugehen, daß der Reichstag mit neuen finanziellen Forderungen der Kriegsverwaltung befaßt werden wird. Auch sind sich bezüglich Anmerkungen bereits vielfach in unserer Presse, genöthigt mit der Situation verbunden, daß die offiziellen Kundgebungen der letzten Zeit nur den Zweck gehabt hätten, für die eventuelle Vorlage — Entscheidung zu machen. Wenn dies der Zweck gewesen wäre, würde man die Zeit wohl anders gewandt haben, mit Rücksicht darauf, daß jeder scharfen Anspannung des Geistes die Abspannung folgt. Gewiß aber haben sich an die Veröffentlichungen über das deutsch-österreichische Bündnis sich sachgemäß auch die über auswärtige kriegerische Vorbereitungen gemischt, und wenn jene — wie wir hoffen — die Wirkung gehabt haben, den Frieden zu befestigen durch die erste Warnung an die Gefahr, welcher der Friedensbruch begegnen würde, so mag jene in andererseits auch an die Verpflichtung, dem Friedenscharakter des Bündnisses beizubehalten zu geben, d. h. heiligen Widerstandskraft, welche der eventuellen Angriffskraft entpricht.

Würden wir noch Bedenken tragen gegen die Nützlichkeit der Einführung von Arbeitstilberichten, so würden sie namentlich sicher schwinden Angesichts der Argumente, mit denen der Liberale sich beknüpft. Nach langem vergeblichen Suchen nach einigermaßen stichhaltigen Gründen gegen die Neuerung glaubt er jetzt den Stein der Weisen in folgender, von der „Nat.-Liberalen Correspondenz“ ganz ernsthaft veröffentlichten Entree gefunden zu haben:

Eine Correspondenz der Berliner „Volkszeitung“ aus Weisbaden macht gegen die Einführung der Arbeitstilberichte das gerühmte (1) Bedenken geltend, dieselben könnten nicht im politischen Parteirecht (2) benützt werden, insofern, als durch irgend ein nur den Werbetonum bekanntes kleines Zeichen die politische Meinung des Arbeiters gekennzeichnet werden könnte, wie es in den Knappschloßarbeiten thätigst geschehen sei. Diese Gefahr einer gewissen politischen Controlle mit Unterstützung oder Beträgung von Arbeitstendenzen von missliebiger Meinung befinde namentlich auch für Anhänger des Centrums, und es sei deshalb wunderbar, daß die Abgeordneten des Centrums sich für die Sache begeistern könnten.

Wir müssen gestehen, diesem vernünftigen Einwand gegenüber stehen wir wehrlos da.

Die bereits jetzt erfolgte Veröffentlichung der Details eines neuen Reichsfinanzbauplanes (projecets) scheint auf die Indication eines Wandtes zurückzuführen zu müssen. Derselbe kann unmisslich schon als jetztiger, dem Reichstage demnächst vorzulegender Belegentwurf angesehen werden, so fern wir uns nicht plan, der erst in reiferer Erwägung gegeben werden soll, wenn der jetzige dem preussischen Abgeordnetenhaus vorliegende Finanzbauplan abgelehnt wird. Allerdings ist das Schicksal des letzteren, wie wir wiederholt constatirt haben, bereits besiegelt, und eine mit realen Verhältnissen rechnende Regierung war gezwungen, bei Zeiten mit dieser. Eventualitäten zu rechnen. Es mag daher in Hinblick auf die kommenden Ereignisse thätigst schon ein den uns gelieferten aus Berlin gemachten Angaben entsprechender Gegenentwurf in Vorbereitung sein. Die Wichtigkeit solches Details in diesem Augenblick kann aber namentlich nach den Intentionen der letzten Kreise entsprechen, da sie nicht sowohl zur Verzerrung des Publicums dienen, sondern auch mit Bezugsnahme des Finanzbauplanes ein immer noch amtlich beschlossenes Abgeordnetenhaus empfindlich berühren muß. Wir geben dem auch der „Nat.-Lib. Correspondenz“ völlig Recht, wenn sie dieser Empfindlichkeit in folgender Weise Ausdruck verleiht: „Wir sind nicht geneigt, die im Zusammenhang für die Art, wie bei uns Steuerpolitik getrieben wird, als die Thatlage, daß, während das preussische Abgeordnetenhaus mit Bezugsnahme einer Steuerart auf Laßt und Getränke beschäftigt ist, in demselben Augenblick das Project einer Reichsfinanzreform in die Diskussion genommen und dem Reichstag vorgelegt wird.“ Wenn etwas die Unannehmlichkeit der jüngsten preussischen Steuerreform noch hätte verhehlen können, so ist es das Bekanntwerden eines neuen Bauplanes für Verleugung des Thatbestandes. Wie kann man sich ernstlich davon stellen, durch die Landesgesetzgebung ein Gesetz auf ganz neue finanzielle Grundlagen zu stellen, während gleichzeitig dasselbe Ziel auf dem Wege der Reichsgesetzgebung verfolgt wird? Obgleich die Regierung wirklich, es werde sich, nur sagen nicht eine parlamentarische Weisheit, sondern nur irgend eine Partei dazu verstehen, eine neue Lebensregel für Preußen einzuführen mit der fernen Aussicht, daß in ein paar Wochen oder Monaten dieselbe durch das Reich gelöst werden soll u. s. w.

Laut amtlicher Kundmachung hofft der Bischof von Baderborn, das Knabeninternat, welches früher in Baderborn unter dem Namen Seminarium Bibernanum bestand, im April nächsten Jahres wieder eröffnen zu können. Die Anstalt wurde vor fast einem Jahrzehnt geschlossen, weil der verorbnete Bischof Konrad,

wie sämtliche andere Bischöfe Preußens damals in ähnlicher Lage, dieselben den Fortörungen des Gesetzes vom 11. Mai 1873 nicht unterwerfen wollte. Ueber die bevorstehende Weibereröffnung der Anstalt berichtet die „Berm.“:

Sie erzählt, nachdem am Grund eines Uebereinkommens des Bischofs und der Staatsregierung hinführend bestimmt ist, daß 1. in die Anstalt nicht bloß solche Jünglinge aufgenommen werden, welche später Theologie studiren wollen, sondern der Eintritt auch anderen offen ist; 2. dem Staat die Aufsicht über die Anstalt zu übertragen, wie sie aus den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen sich ergibt; 3. dem Director des Gymnasiums eine Aufsicht zu übertragen über alle inneren Angelegenheiten der Anstalt eingeräumt wird; und endlich 4. die vom Bischof zu ernennenden Aeltern derselben durch das Provinzialparlamentium zuvor genehmigt werden.

Wir glauben, bemerkt die „Nat.-Bl.“ hierzu, daß es unter allen Umständen besser wäre, wenn solche Anstalten gar nicht beständen; aber abgesehen hiervon — warum konnten die Bischöfe nicht vor zehn Jahren die jetzt möglichen Zugeständnisse machen? Damals war jeder wurde die, wie sich jetzt zeigt, unabhägige Weise von den Bischöfen veranlaßt, die Schließung dieser Anstalten, wie vieles Andere, in das Kapitel von neuem, diekatholischen Kirchenverfolgung“ einzutragen.

Der Sturm im Glatze Wasser, welcher im Laufe der letzten Woche die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregte, wird jetzt durch die „Nord. Allg. Ztg.“ völlig beleuchtet. Wie, als wäre es ein Varnen um Nichts gewesen, als hätten die Offiziere von auf eigene Faust operirt, schreibt das gouvernementale Blatt heut an leitender Stelle:

Wir haben uns nicht den Beruf und nicht die technische Sachkunde ausgetraut, mit einer eigenen Ansicht in die Erörterungen einzugehen, welche über das militärische Vorgehen zu beiden Seiten der Ostsee verhandelt wurden, und in Anknüpfung an den neunten Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ von mehreren Seiten geäußert worden sind. Heute aber ersehen wir aus Wiener Anzeigen die Meinung, die von der „Allgemeinen Zeitung“ mit der technisch-militärischen Frage verhandelt politischen Erwägungen als ein Verbrechen des Hauptmanns an tragend welche diekatholischen ungarische Aeltern zu bewerten. Dem gegenüber halten wir uns zu der Erklärung verpflichtet, daß in unigen amtlichen Kreisen weder die militärische noch die politische Ansicht ist, welche einer solchen Auffassung zur Seite ständen. In diesen Kreisen herrscht vollkommene Vertrauen nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch zu der zukünftigen liberalkatholisch-ungarischen Politik, und die Aeltern, auf dem gegenwärtigen Vertrauen beruhenden Beziehungen beider Theile, welche aus der Selbstverleugung des Hauptmanns nicht entstanden und von denen dort während und nach seiner Amtsführung in gleicher Weise gepflegt worden sind, stehen außerhalb des Bereichs der publicistischen Diskussion und sind in der Beziehung zu Tage treten konstatiren. Ein Verhängnis des deutschen Reichs zu der Erklärung des Hauptmanns (womit wir zu Rußland hin durch die gegenseitigen und politischen Verhältnisse dieser drei großen Nationen und durch die Bestimmungen ihrer Monarchen bedingt und von so schwerem Gewicht, daß sie durch gelegentliche Erörterungen in der Presse eines der anderen nicht verlihen werden können.

Somit das Organ der Regierung. Danach kann jeder brave Deutsche sich also ungestört der Weibschäufel hingeben; das, was mit dem officiellen Kriegslager erreicht werden sollte, ist erreicht worden, jetzt dürfen daher wieder die süßesten Friedensschmeißen ertönen.

Das Grundungsgeld in Dortmund.

Ein Nachmann schreibt der „Dortmunder Zeitung“ über das Unglück: Die Belegschaft des Schades „Gardenberg“ hatte gestern fünfzigster Schichten gearbeitet und die Morgenarbeit sollte demnach gegen 3 Uhr heute früh angebrochen werden. Zwei drei Wochen mit denen waren bereits gearbeitet, als an dem nächsten Vormittag, während er sich fast an der Handgabel, höchstens noch 3 Stunden unter dieser befand, das Eis und der Staub mit den darauf befindlichen Leuten mit rauchender Geschwindigkeit in die Luft fuhr. Die Vorgangswirkung hatte keinen Schaden an dem Schade, die Arbeiter jedoch die schmerzhaft brennt, waren von dem Ereignis derbeist tief getroffen, doch scheint die beträchtliche Zahl des Schades und des darunter hängenden Material, welches allein ein Vermögen von circa 4000 Mark hat, die Wirkung der Vorgangswirkung nicht so heftig gemacht zu haben, als man sich zunächst denken unter an, daß die sämtlichen Lampen am Schade erloschen und daß die unter Aufschlagsgabe von dem entzündenden Luftdruck vollständig in die Höhe gehoben wurde. Der vertriebene Schade befindet sich in Schacht 10 und mit ihm 100 Arbeiter, die 25 Leute dort begeben, wemöglich sind über 20 Arbeiter — auf dem Schade ist Materialentlastung eingeführt — nicht zurückgebracht worden. In eine Feststellung der Identität der Leuten ist inwieweil zu denken, darüber wurden mit einzelnen Wiederholungen, halbe Stunde, die Sache nicht sehr gut. Der Schade ist 472 Meter tief, die Oberfläche eine ausgezeichnete Kegelform mit Spindeln von 0,95 Meter Durchmesser. Die Seilrollen wurden noch vor einigen Jahren umgebaut. Das Seil von 24 Millimetern Durchmesser ist von der Firma G. & R. Knapp und besten Federstahl hergestellt und die gedachte Firma gegen bekanntlich zu den besten und solidesten der Weltbrände. Das Seil ist stumpf abgerissen, der Draht an der Bruchstelle wie, wie der Fall, Heilerarbeiten, Herr Bergath Schollmeier, sofort konstatirt, dem vorzüglicher Beschaffenheit. Der genannte Schade befand sich dem Director Herrn Amberg und dem Betriebsführer Herrn Buh den Schacht mit dem zweiten noch intakten Förderer, ordnete dann aber an, daß zunächst ein neuer Förderer an Stelle des zertrümmerten eingebaut werden solle, die Arbeit mit der Beschaffung der Teile der Bergmaschinen begänne, da es nicht sehr gefährlich ist, mit nur einem Förderer ohne das Gänge nicht bei der anderen Seite des Schades hängenden zweiten Korbes zu arbeiten. Es werden daher noch einige Tage vergehen, ehe die Leiden geborgen sind. Die Bergung wird wohl zweimalig in dem ganzen Schacht vorgenommen werden, da es leider notwendig ist, mit nur einem Sturz von 1000 Fuß Höhe die sämtlichen Leuten bis zur Untertafel hinauf zu empor zu bringen.

Bermüthete Nachrichten.

Deutschland. Berlin, 21. December. (Der Kaiser) machte heute Nachmittags 2 1/2 Uhr eine Ausfahrt. — (Prinz Friedrich Leopold) ist einer, der „Zgl. Reich.“ zugehenden Mittheilung zufolge, von einem leichten Fieber befallen, so daß derselbe gezwungen ist, seit einigen Tagen das Zimmer zu hüten. Das Fieber ist jedoch, wie oben bemerkt, keineswegs ernstlicher Natur.







